

Jetzt warnt auch *der Spiegel* vorm Barmer-Vertrag



BDI-Mitglieder wissen es schon lange: Vom so genannten Hausarztvertrag zwischen Barmer Ersatzkasse und Hausärzterverband sollte man die Finger lassen – zu groß sind die Nachteile. Das war in BDI aktuell immer wieder zu lesen.

Jetzt nimmt auch der Spiegel das Experiment kritisch unter die Lupe und meint: Es dürfte ein teurer Flop werden. Unterm Strich will die schuldenreiche Barmer Ersatzkasse mit dem Vertrag natürlich Geld sparen. Aber fürs erste, so rechnet der Spiegel in seiner Ausgabe Nr. 24 vom 13. 06. 2005 vor, muss sie erst einmal eine Anschubfinanzierung von bis zu 100 Millionen Euro auf den Tisch legen. Dass die Barmer jetzt mit vier Generikafirmen Verträge über zusätzliche Rabatte abgeschlossen hat, engt die teilnehmenden Ärzte in ihrer Therapiefreiheit weiter ein – ob die Barmer unterm Strich wirklich billiger davon kommt, bleibt zweifelhaft, meint der Spiegel und zitiert interne Analysen anderer Kassen. Die sind zu dem Ergebnis gekommen, dass die Boni, die die Barmer ausschüttet, einfach mitgenommen werden. Außerdem seien Ärzte und Apotheker auch bisher schon verpflichtet, bei Arzneimitteln auf den Preis zu achten. „Das größte Risiko aber sei, ausgerechnet die Hausärzte mit einer Lotsenfunktion zu adeln“, zitiert das Nachrichtenmagazin die Konkurrenz der Barmer (beachten Sie dazu auch unseren Beitrag auf Seite 13).

Dass die Barmer Ersatzkasse die Anschubfinanzierung für den Vertrag nicht einfach aus dem Ärmel schütteln kann, ist klar. Denn die Senkung der Beiträge, die Barmerchef Eckart Fiedler noch vor einigen Monaten in Aussicht gestellt hat, scheint nicht mehr zur Debatte zu stehen. Jetzt gilt es der Kasse schon als Erfolg, wenn sie den derzeitigen Beitragssatz halten kann.

Das alles dürfte der Noch-Gesundheitsministerin Ulla Schmidt gar nicht behagen, immerhin hat sie den Barmer-Vertrag als großen Fortschritt auf der Basis ihrer Politik gefeiert. Allerdings wird sie die endgültigen Folgen wohl kaum noch als Gesundheitsministerin erleben.

BW

Nebenwirkungen der Politik

Praxisgebühr lässt Zähne verfaulen

Die Praxisgebühr kann man sicher ebenso wie die Bemühungen um eine bessere Prävention zu den Eckpfeilern der Schmidt'schen Gesundheitspolitik zählen. Allerdings gibt es gewisse unerwünschte Interaktionen zwischen diesen beiden Mitteln der Politik, meint jedenfalls der Vizepräsident der Bundeszahnärztekammer (BZÄK), Dr. Dietmar Oesterreich: „Die Praxisgebühr hat offenbar mit dazu beigetragen, dass weniger Patienten ihren Zahnarzt aufsuchen, obwohl sie für Kontrolluntersuchungen (zweimal im Jahr) gar nicht anfällt. Mit diesem Rückgang ist auch einer der wichtigsten Erfolge unserer präventionsorientierten Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde, die hohe Kontrollorientierung der Patienten, gefährdet.“ Die hohe Kontaktfrequenz von 75 Prozent der Männer und 78 Prozent der Frauen, die in den vergangenen Jahren mindestens ein Mal pro Jahr den Zahnarzt aufsuchen, mache den Erfolg in der deutschen Oralprophylaxe aus. Der äußere sich u.a. darin, dass Deutschland bei der Mundgesundheit im internationalen Vergleich in den vergangenen Jahrzehnten in die Spitzengruppe aufgestiegen ist. Durch die Praxisgebühr droht hier den Deutschen also wieder einmal der Abstieg aus einer internationalen Spitzenklasse.

Die zweite Karriere

Seehofer sorgt für Stimmung

Horst Seehofer, früher als Gesundheitsminister bei den Ärzten ähnlich beliebt wie heute Ulla Schmidt, hat sich in der Union vor einiger Zeit den Ruf des renitenten Abweichlers eingehandelt. Inzwischen ist seine Karriere etwas unabhängiger von der Partei: Er ist Präsident des Sozialverbandes VdK Bayern geworden und hat dort bereits kräftig für Stimmung gesorgt: 3000 neue Mitglieder sind dem Verband seitdem beigetreten.

Seehofer ist bekanntlich nicht der einzige Spitzenpolitiker, der in letzter Zeit sein Heil außerhalb der Politik sucht, und was die Spannweite seiner Tätigkeitsfelder betrifft, ist er sogar richtig schmalspurig geblieben.

Denn während Seehofer immerhin den angestammten Bereich der Sozialpolitik nicht verlassen hat, ist **Rudolf Scharping** einen viel weiteren Weg gegangen: Einst Parteichef und Kanzlerkandidat der SPD, wurde er kürzlich zum Präsidenten des Deutschen Radfahrerbundes gewählt.

BW

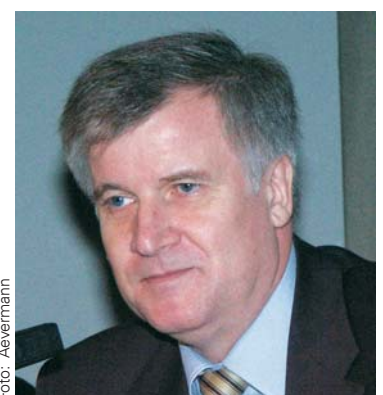


Foto: Aevermann